

Interpellation

Schärer, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 5

Eingereicht am: 23.01.2006

Studium bald nur noch für Reiche?

Studieren kann sich nur noch leisten, wer gleichzeitig arbeitet und Geld verdient. Dies besagt eine neue Studie des Bundesamtes für Statistik (BFS) über die soziale Lage der Studierenden. Die Erwerbsarbeit hat mittlerweile einen hohen Stellenwert bei den Studierenden. 77 Prozent der Studierenden gehen neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nach. Vier von fünf erwerbstätigen Studierenden gehen auch während des Semesters (der Vorlesungszeit) einer beruflichen Tätigkeit nach. Zudem haben Kinder von Eltern mit einem akademischen Bildungsabschluss nach wie vor die besten Chancen auf einen Hochschulabschluss. Gleichzeitig stagniert die Zahl derjenigen Studierenden, welche Stipendien beziehen. Fazit: Der soziale Hintergrund im Elternhaus wirkt sich stark auf die Bildungsbiografie der Kinder aus.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Eine der stossenden Ungleichheiten im Stipendienwesen der Schweiz entsteht durch die verschiedenen kantonalen Stipendiensysteme. Bei der Beratung des Stipendienberichts stimmte der Grosse Rat 2002 der Planungserklärung Schärer/Bütler zu, welche den Regierungsrat beauftragte sich für eine nationale Harmonisierung des Stipendiensystems einzusetzen. In Kürze wird sich das eidgenössische Parlament im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs mit dem Stipendienwesen befassen. Hat sich der Regierungsrat im Sinne der Planungserklärung dafür eingesetzt, dass hier einheitliche Mindeststandards und Kriterien festgelegt werden? Wenn Ja, auf welche Weise und wann? Wenn nein, welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat jetzt zu ergreifen?
2. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Studierenden steht im Widerspruch zur Straffung des Studiums mit der Bologna-Reform. Zu diesem Schluss ist auch der Regierungsrat im Rahmen der Diskussionen über Bologna gekommen. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat hier ergriffen, um in Zukunft das Studium auch jungen Menschen aus wenig begütertem Elternhaus unter gleichen Rahmenbedingungen (Gebot der Chancengleichheit) zu ermöglichen?
3. Gemäss der oben erwähnten Studie des BFS wirkt sich heute der soziale Hintergrund im Elternhaus stärker aus als noch vor dreissig Jahren. Während in den 70er Jahren fast 20 Prozent der Studierenden von Eltern ohne nachobligatorischen Bildungsabschluss stammten, sind es heute weniger als 10 Prozent! Welche Massnahmen gedenkt der Regierungsrat zu ergreifen, um dieser gravierenden Chancenungleichheit beim Zugang zum Studium entgegenzuwirken?

4. Welche weiteren Massnahmen gedenkt der Regierungsrat im Zusammenhang mit dieser Studie zu ergreifen?

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Abgelehnt: 26.01.2006